

Bayr eröffnet EU-AKP Frauenforum**Utl.: Allen Millenniumszielen einen weiblichen und feministischen Anspruch geben =**

Wien (SK) - Im Vorfeld zur 11. Tagung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung EU-AKP, die heute von Bundespräsident Heinz Fischer eröffnet wird, fand das Frauenforum mit dem Schwerpunkt "Zugang zu Gesundheitsvorsorge - wie sind die drei Millenniums Entwicklungsziele zur Gesundheit zu erreichen" statt. Namens des österreichischen Parlaments eröffnete Petra Bayr, Vorsitzende des entwicklungspolitischen Unterausschusses im Parlament und entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ, die Veranstaltung. Bayr wies darauf hin, dass die drei Gesundheits-Millenniums-Ziele (MDGs) eng mit den Bedürfnissen von Frauen verknüpft sind. Sie unterstrich die Wichtigkeit, auch den übrigen fünf Zielen einen weiblichen, ja einen feministischen Anspruch zu geben. Darüber hinaus ist eine stärkere Verankerung von Frauen in dementsprechenden Gremien notwendig: "Das Gestalten unserer gemeinsamen Zukunft auf einer Erde, auf der alle Menschen in Frieden, Reichtum, Freiheit, Gesundheit und Würde leben können, ist eine zu große Herausforderung, als dass die Erfahrungen und Ansprüche von uns Frauen ignoriert werden könnten", so Bayr. ****

Bayr wies auf den Kampf gegen FGM (female genital mutilation) unter anderem durch die von ihr mitbegründete "Österreichische Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung" hin und strich hervor, dass im österreichischen Nationalrat einstimmig beschlossen worden sei, Anstrengungen zu unternehmen, dass der 6. Februar zum internationalen Gedenktag gegen Genitalverstümmelung erklärt wird. Die Abgeordnete dazu: "Natürlich ist ein solcher internationaler Tag nur ein Symbol, aber doch auch eine wichtige Möglichkeit, Bewusstsein und Sensibilität gegenüber dieser Menschenrechtsverletzung zu erhöhen. Von Kofi Annan ist bereits Unterstützung für die österreichische Initiative zugesagt worden."

Um die Welt gerade für Frauen zu verbessern, sind Symbole und Zeichen alleine nicht genug. "Leider unternehmen die Parlamente der reichen Länder noch zu wenig, um die Millennium Entwicklungsziele zu erreichen - sonst wären wir dem Ziel schon wesentlich näher, als wir es momentan sind", so Bayr selbstkritisch. Trotzdem ortet sie auch in Österreich diesbezüglich positive Ansätze, wie etwa das zuletzt mit den Stimmen aller Parlamentsparteien beschlossene Bekenntnis zur EU-weiten Einführung einer Devisentransaktionssteuer. Wenigstens 50 Prozent der Einnahmen sollen für Entwicklungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, zusätzlich zu den 0,7 Prozent der Bruttonationaleinkommen der Mitgliedsländer. Bayr hofft, auf EU-Ebene eine solche Steuer sehr bald umsetzen zu können: "Damit könnten wir jene Mittel erwirtschaften, die momentan fehlen, um die MDGs zu erreichen. Und das Umsetzen der Millenniums-Entwicklungs-Ziele ist wohl eine der vordringlichsten Herausforderungen in diesem Jahrzehnt", so Bayr abschließend. (Schluss) js/mm